Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Chorverschafter", „Der kommunistische Gesellschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Sturm" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-N., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 200. ★ Redaktion: Dresden-N., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 12 553 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 22 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 90 Goldpfennige für die Reklamezeile entsprechend auf dem kriegsbeschädigten Tarifniveau ★ Anzeigen tage vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Donnerstag, 25. Juni 1925 | Nummer 61

Sachsen für die Wucherzölle!

Der Regierungsvertreter enhält sich der Stimme — Die kommunistische Landtagsfraktion fordert Zurückziehung der Zollvorlage

Am 18. Juni wurde im Reichsrat über die Zollvorlage abgestimmt. Nach den vorliegenden Pressemeldungen enthielt sich der Vertreter der sächsischen Regierung bei der Abstimmung der Stimme. Die sächsische Regierung setzt sich in ihrer Mehrheit zusammen aus Sozialdemokraten. Die Regierung des Sozialdemokraten Heldt unterstützte mit der Stimmenthaltung ihres Vertreters die Zollwucherpläne der monarchistischen Reichsregierung. Während die SPD. in ihrer Presse eine heuchlerische Kampagne gegen die Zölle aufzieht, hilft sie praktisch an der Durchführung des Raubzuges gegen die Arbeiterschaft. Der Vertreter der preußischen Regierung des Sozialdemokraten Braun sowie eine Anzahl anderer Regierungen Hessen, Anhalt usw., in denen auch ausschlaggebend Sozialdemokraten sitzen, stimmten für die Wucherzölle. Die Arbeiterschaft kann daraus ersehen, daß die Sozialdemokraten in Wirklichkeit bereit sind, den Ausbeuter- und Wucherplänen der Agrarier ihre Unterstützung gegen die Arbeiterschaft zu geben. Während die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei gegen die Angriffe auf Lohn- und Arbeitszeit nichts unternehmen, gegen die Wucherzölle nur einen Zeitungskrieg führen, helfen sie den Wucherern.

Die kommunistische Landtagsfraktion wird, veranlaßt durch die Haltung des Vertreters der sächsischen Regierung im Reichsrat, die Sozialdemokraten in Sachsen zwingen, die Maske abzulegen und Farbe zu bekennen. Die Fraktion hat deswegen folgenden Antrag an den Landtag gestellt:

Antrag

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung sofort schärfsten Einspruch gegen die geplanten Agrarzölle einzulegen, die Zurückziehung der Zollvorlage zu fordern.

Dresden, den 24. Juni 1925.

Renner und Genossen.

Um eine möglichst schnelle Erledigung des Antrages herbeizuführen und zu verhindern, daß gewartet wird, bis die Zollvorlage durch die reaktionäre Mehrheit des Reichstages schon verabschiedet ist, hat die Fraktion an den Präsidenten des Sächsischen Landtages folgenden Brief gerichtet:

Dresden, den 24. Juni 1925

An den Vorstand des Sächsischen Landtages
zu Händen des Herrn Landtagspräsidenten
Winkler.

Am 18. Juni wurde im Reichsrat über die Zollvorlage der Reichsregierung abgestimmt. Bei der Abstimmung enthielt sich nach den Meldungen der Presse der Vertreter der sächsischen Regierung der Stimme.

Die von der Reichsregierung geplante Einführung der Agrarzölle bedeutet die ungeheuerlichste Belastung der arbeitenden Massen im Interesse der Junker und Unternehmer.

Während im ganzen Reich täglich die Krisenerscheinungen zunehmen, die Arbeiterentlassungen einen immer größeren Umfang annehmen, die Unternehmer durch Aussperrungen die Löhne der Arbeiter herabdrücken, soll durch die Zollvorlagen eine Verteuerung der Lebensmittelpreise herbeigeführt werden. Der Landtag, zu wählen die Mehrheit desselben, muß sich gegen diese Ausplünderung der deutschen Arbeiterschaft wenden. Die kommunistische Landtagsfraktion hat deswegen einen Antrag eingebracht, der von der Reichsregierung die Zurücknahme der Zollvorlage fordert.

Da im Reichstag die Beratung der Zollvorlage schon begonnen, ersucht unterzeichnete Fraktion, den Vorstand des Sächsischen Landtages, den Antrag mit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Für die Landtagsfraktion der KPD.
ges. Rudolf Renner, Vorsitzender.

Da im Landtagsvorstand, wie auch im Landtag Kommunisten und Sozialdemokraten eine Mehrheit besitzen, ist sowohl die schnelle Erledigung, wie auch die Annahme des kommunistischen Antrages gegen den Zollwucher möglich. Die Sozialdemokraten müssen jetzt zeigen, ob sie bereit sind, dem Antrag zuzustimmen, oder ob sie auch im Landtag, wie der Vertreter ihrer Regierung in Berlin, die Zollpläne der Agrarier unterstützen wollen.

Die Arbeiterschaft muß durch Kundgebungen im Betrieb den Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion unterstützen.

Schließt die Einheitsfront gegen die Ausbeuter und Plünderer!

Die Fahrt ins Land der Arbeiter

Zu den Delegationen nach Rußland.

Die Politik der Kapitalisten steht im Zeichen der Mobilisierung gegen Sowjetrußland. Die revolutionären Vorgänge im Weltmaßstabe, die Ereignisse in China und Marokko erschüttern die Plattform und gefährden die Machtstellung der Imperialisten immer mehr. Die Ereignisse in China reifen mit gewaltiger Schnelligkeit heran. Die Bewegung gegen die Fremden, das heißt die Bewegung gegen die imperialistischen Räuber, erfaßt immer schneller alle Schichten Chinas. Hinter der nationalen Bewegung erhebt sich schon, schnell den bürgerlich-nationalen Bewegungen auf dem Fuße folgend, die Bewegung des unterdrückten und ausgebeuteten Bauerntums. Aber ganz gleich, ob die proletarische Bewegung der nationalen baldigst folgt, oder ob erst die nationalrevolutionäre bürgerliche Bewegung eine Zeitlang regieren und herrschen wird: auf jeden Fall tritt für die imperialistischen Länder in Europa und für Amerika eine ernste Bedrohung ein. Die Basis der Ausbeutung wird enger. Der dann bestehende chinesische Kapitalismus muß in den Kampf um Ausbeutung der eigenen Arbeiter und die Absatzgebiete mit den Imperialisten des Westens eintreten. Siegt kurz nach der Bewegung in China das Proletariat, dann bedeutet dies eine noch stärkere Bedrohung des westlichen Imperialismus durch den Bolschewismus.

Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß die revolutionären Bewegungen in allen Ländern einen gewaltigen und immerwährenden Anstoß erhalten durch das Bestehen Sowjetrußlands. Alle Kräfte der westlichen Imperialisten richten sich deswegen gegen Sowjetrußland. Der Dawespakt war der erste Zusammenschluß. Ihm folgte der Garantiepakt, der die europäischen Mächte zum Kriegsblock gegen Rußland zusammenbindet. Der Durchmarsch durch Deutschland ist schon gegeben, der Aufmarsch der Kriegskräfte in bedrohliche Nähe gerückt. Für die Arbeiter Deutschlands steht die ernste Frage, wie sie sich zu diesen aufmarschierenden Gefahren verhalten werden. Wir haben schon in einem Artikel gezeigt, daß die Angelegenheit des Aufmarsches gegen Rußland eine Angelegenheit der deutschen Arbeiter ist. Nicht nur weil vom Krieg beim Durchmarsch die Arbeiter Deutschlands getroffen werden, sondern weil auch die Entwicklung der Revolution vom Falle Rußlands abhängt.

Je akuter die Gefahren für die deutschen Arbeiter werden, je mehr in den Vordergrund tritt die Frage des Zusammengehens mit Rußland. Vor der deutschen Arbeiterschaft steht mehr wie bisher die Frage: lohnt es sich, für und mit Rußland gemeinsam zu kämpfen?

Wenn die Arbeiter mit den russischen Arbeitern und Bauern gemeinsam kämpfen sollen, müssen sie wissen, daß die Entwicklung in Rußland den Interessen der Arbeiter dient. Also sind Vorteile für die Arbeiter dabei herausgekommen, ist der Kapitalismus geschlagen?

Die KPD. sagt den Arbeitern: Jawohl, in Rußland regieren die Arbeiter, in den Betrieben bestimmen die Arbeiter, die Macht der Kapitalisten ist gebrochen. Die Wohnungen sind enteignet. In den Villen der Bourgeois sind die Kinder des Proletariats untergebracht. Die Sozialfürsorge übernimmt der Staat, oder in den konzessionierten Betrieben der Unternehmer. Für die Wöchnerinnen, die Mütter und Kinder ist im weitesten Maße gesorgt. Jeder Fortschritt der Produktion ist ein Fortschritt in der Lage der Arbeiterklasse.

Die gesamte bürgerliche Gesellschaft einschließlich der Sozialdemokraten hetzen in der wüstesten Weise gegen Rußland. Sie erklären alle Darstellungen der KPD. für Schwindel. Die Arbeiter haben nun ein gewaltiges Interesse daran, wie die Dinge in Rußland wirklich liegen.

Nun haben, wie bekannt ist, die Arbeiter der Putilow-Werke die deutschen Arbeitsbrüder aufgefordert, Delegationen nach Rußland zu senden, dort die Verhältnisse zu studieren und dann den Arbeitskollegen einen objektiven Bericht zu geben. Eine Delegation von 60 Mann soll nach Rußland fahren. Von Ostsachsen sollen drei Arbeiter nach Rußland ziehen. Wie stark die Sehnsucht und der Wunsch der deutschen Arbeiter ist, die Wahrheit zu hören, zeigt die Tatsache, daß sich überall mehr Vertreter der Arbeiter bereit finden, als jetzt für die erste Fahrt in Frage kommen. Die Betriebe wählen die Delegationen und erklären sich bereit, die Kosten zu tragen. Anstatt drei sind bis jetzt sechs Vertreter angegeben. Da jedoch nur drei Vertreter vorläufig fahren werden, müssen diejenigen reisen, die zuerst der Aufforderung nachgekommen sind. Gewählt als Vertreter sind: ein Arbeiter der Glaswerke in Brand-Erbisdorf, ein Vertreter der Staats- und Gemeindearbeiter und ein Metallarbeiter aus der Universelle.

Diese drei Vertreter dürfen aber nicht nur gelten als die Vertreter der Betriebe, die sie gewählt, sondern sie sind die Vertreter der gesamten ostsächsischen Arbeiterschaft. Ihre Augen sollen für alle Arbeiter Ostsachsens sehen, ihre Ohren für alle hören.

Das ist ihre Aufgabe. Sie erfüllen eine große Mission: Pionierarbeit, den Kollegen des Westens den Weg zu ebnen nach den Freunden des Ostens. Wegräumen die Hindernisse und Stacheldrähte. Die Führer der SPD. hemmen

Eine Niederlage der „Linken"!

Die 23 vollgültige Mitglieder der SPD. — Die Leipziger Ausgeschlossenen wieder aufgenommen

Die „Telunion" und heute bestätigend die Sächs. Republikanische Korrespondenz verbreiten die Mitteilung, daß

ein vom sozialdemokratischen Parteivorstand eingesetztes, am 21. d. M. in Leipzig stattgefundenes Schiedsgericht entschieden hat, daß die von den 23 Mehrheitssozialisten dem Leipziger Bezirk angehörenden Landtagsmitglieder zu Unrecht ausgeschlossen seien und mit allen Rechten in ihre Funktionen und Aemter wieder eingesetzt werden.

Der Schiedsspruch, der vorläufig für Leipzig gilt, wird natürlich für die anderen Bezirke auch so ausfallen. Das bedeutet, daß die 23 auf der ganzen Linie gesiegt haben. Die Verräter sind vollgültige Mitglieder der SPD. Der Schiedsspruch von Leipzig bestätigt erneut, in der Sozialdemokratischen Partei **kann jeder Verräter am Proletariat Mitglied sein.** Die 23 Rechten haben mit Heldt und Müller die Arbeiter von den Staatlichen Werken entlassen, die Arbeitszeit verlängert, die Steuern für die Besitzenden ermäßigt. Sie organisieren die Polizei zum Bürgerkrieg, sie lehnten die Unterstützung der Erwerbslosen, der Kriegs- und Arbeitsopfer ab. Die 23 stimmten für die Verschlechterung der Gemeindeordnung, gegen die Amnestie der Klassenkämpfer. Aber sie sind zu Unrecht ausgeschlossen. Der Parteivorstand steht hinter den 23.

Die Arbeiter der SPD. müssen wieder einmal ersehen, daß die Kommunisten recht hatten, wenn sie erklärten, daß die Rechten vom Parteivorstand gedeckt werden, wenn sie die Phrasen der Linken als das kennzeichneten, was sie waren, **hohles Gerede bei den Führern, falsche Hoffnungen bei den Arbeitern.** Noch vor wenigen Tagen verkündeten die „Linken", daß in Leipzig ein Bezirkstag stattgefunden, der ein Erfolg der Linken wäre. Stellung vom Parteivorstand entsandt, sei für die Landtagsauflösung gewesen. Noch gestern bringt die „Dresdner Volkszeitung" einen Bericht vom Chemnitzer Parteitag, wo Crispien als Vertreter des Parteivorstandes erklärte, der Vorstand sei niemals gegen die Landtagsauflösung gewesen. Deutlicher war aber die Erklärung, daß der Parteivorstand **gegen die Spaltungsbestrebungen auftreten werde.** Das war gegen die Linken, nicht gegen die 23. Die Linken werden kuschen.

Was aber werden die SPD.-Arbeiter jetzt tun? Die Arbeiter wollen doch kämpfen. Heute werden sie mehr denn je sehen, daß sie in der SPD. nicht gegen die Kapitalisten kämpfen können. Wir haben seit Wochen den SPD.-Arbeitern gesagt, schmeißt doch die 23 heraus. Wir sagten, daß das die „Linken" nicht tun werden. Die „linken" Führer erklärten, das Hinauswerfen sei Sache der Partei.

Nein, das ist und war nie Sache der Partei, das war und ist eine Sache des gesamten Proletariats, weil mit der Fragestellung „Heraus mit den 23" die „linken" Führer zeigen müßten, daß sie mit der Politik der SPD. brechen wollten. Wir haben gesagt, **das werden sie nicht tun,** wir haben immer wieder gezeigt, daß die „linken" Führer in allen wesentlichen Fragen mit den Rechten zusammengehen. Dawespakt, Garantiepakt, Völkerbund, in diesen Angelegenheiten, den wichtigsten Fragen gehen sie mit den Rechten.

Jetzt müssen sich die Arbeiter der SPD. Sachsens entscheiden. Die Würfel sind in Leipzig gefallen. Die Rechten dirigieren die Politik, die „Linken" erhalten das Recht, in den Versammlungen **zu schwätzen.**

Die SPD.-Arbeiter müssen sich jetzt entscheiden. Wollen sie in einer Partei bleiben mit den Verrätern, oder wollen sie mit den Kommunisten gemeinsam kämpfen.

Arbeiter der SPD., es gibt jetzt nur eine Losung: Einheitsfront in den Gewerkschaften.

Heraus aus der SPD.!
Hinein in die KPD.!